

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 41 Berlin und Bonn

2. September 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Öffentliche Suche nach den Schuldigen

(BS) Die Extremwetterereignisse in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie in Bayern und Sachsen haben riesige Sachschäden verursacht und fast 200 Menschenleben gekostet, darunter mehrere Feuerwehrleute - eine erschreckende, erschütternde Bilanz.

Bereits während noch Rettungs- und Bergungsarbeiten liefen, kam die Forderung hoch, dass der Katastrophenschutz sich verändern müsse. Ebenso ging die Suche nach den vermeintlichen Schuldigen los. Diese Suche wurde in aller Öffentlichkeit durchgeführt. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen hat deutlich gesagt, dass bei so großen Einsätzen auch Fehler passieren, die man genau analysieren muss. Aber ohne diese Analyse sollte man mit öffentlichen Verurteilungen zurückhaltend sei, was von den Medien und anderen öffentlichen Personen vollkommen missachtet wurde. Diese öffentlichen Verurteilungen in Verbindung mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen können dazu führen, dass die Offenheit für Lessons Learned auf Ablehnung trifft oder Gespräche über Verbesserungsmöglichkeiten nicht stattfinden. Dies wäre fatal. Das Beste, was wir nun machen können, ist, wie man dieses Ausmaß an Personen- und Sachschäden zukünftig verringern kann.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Kommunikation muss funktionieren

(BS) Um Großschadenslagen und Katastrophen effektiv bewältigen zu können, braucht es u. a. eine funktionierende Einsatzkommunikation. Hier sei auch ein einheitliches Einsatzleitsystem in allen beteiligten Leitstellen vonnöten. Denn in derartigen Situationen geht es vor allem um schnelles Reagieren durch die Kräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), insbesondere im nicht-polizeilichen Bereich.

Das betont auch der Brandenburger Innenminister Michael Stübgen (CDU). Ebenso wichtig sei eine ressortübergreifende Stabsarbeit. Denn Katastrophen könnten nur von mehreren Akteuren gemeinsam bewältigt werden. Außerdem würden sich Helfer im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz künftig mit immer komplexeren Lagen auseinandersetzen müssen, prognostizierte Stübgen. Um diese bewältigen zu können, brauche es eine moderne, zeitgemäße Ausstattung. Hier sei an einigen Stellen aber noch etwas zu tun, so der CDU-Politiker auf dem Brand- und Katastrophenschutztag des Behörden Spiegel in Potsdam. Kommunikationsnetzwerke müssten künftig gestärkt und weiter gehärtet werden, um ausfallsicherer zu sein. Brandenburg baue hier ein eigenes Krisenkommunikationssystem auf, in das auch die Kommunen einbezogen werden sollen. Die Errichtung des Systems werde aber noch einige Jahre dauern und teuer werden, räumte der Innenminister ein.

Cell Broadcast zur Warnung der Bevölkerung nur der Anfang

Applikationen zur Warnung der Bevölkerung sowie Cell Broadcast könnten in diesem Kontext ebenfalls nur der Anfang sein, meint der Geschäftsführer der DigitalAgen-



Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) unterstrich die Bedeutsamkeit einer funktionierenden Einsatzkommunikation.

Foto: BS/Feldmann

tur Brandenburg, Dr. André Göbel. Nötig sind aus seiner Sicht digitale Plattformen, die die koordinativen Herausforderungen disruptiver Einschläge meistern können. Insgesamt sei die Digitalisierung ein mächtiges Hilfsmittel, um auf örtlicher Ebene resilienter zu werden und Katastrophenlagen zu bewältigen, zeigte er sich überzeugt.

Mehr Einheitlichkeit wäre wünschenswert

Hilfreich sein könnten auch eine gemeinsame Geobasis und Geodateninfrastruktur, erläuterte Andreas Hensel von der Stabsstelle BOS in der Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung, Polizei und Ordnungsrecht sowie Kriminalprävention im Brandenburger Innenministerium. Denn wenn sie existierten, seien zum Beispiel eine einfachere und schnellere Erkennung munitionsbelasteter Flächen, Echtzeitlagebilder sowie eine bessere Positionsermittlung von Einsatzkräften möglich.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Momentan sei die Geodateninfrastruktur (GDI) im BOS-Umfeld technisch jedoch noch äußerst heterogen und nicht auf eine zentrale und ressortübergreifende Informationsbasis ausgerichtet, bemängelte Hensel. Auch werde noch zu oft auf Einzellösungen gesetzt. Zudem finde kein BOS-übergreifender Austausch von Geodaten statt. Um einen solchen zu ermöglichen, brauche es eine gemeinsame zentrale GDI-BOS. Sie ermögliche zum einen eine ressortübergreifende Vernetzung. Zum anderen könne über sie eine Georedundanz erzielt werden, die momentan nicht existiere, und eine bessere Informationsgrundlage für Einsatzsituationen geschaffen werden. Außerdem wäre die Integration neuer mobiler und innovativer Anwendungen möglich, erläuterte der Mitarbeiter des Potsdamer Ministeriums. Zu einer GDI-BOS für Brandenburg bestünden bereits ein Fachkonzept, ein Whitepaper für die Entscheidungsträger sowie die technischen Anforderungen. Eine erste Pilotphase für das Vorhaben solle im kommenden Jahr starten, so Hensel.

Eine derartige Lösung könnte dann möglicherweise auch bei Hochwasserlagen helfen. Problematisch ist dabei vor allem, dass es bei Hochwasser infolge von Starkregen nur kurze Vorwarnzeiten gibt. Eine solche Situation könne immer und überall, also auch fernab von Flüssen, auftreten, warnte die Abteilungsleiterin Wasser und Boden-

schutz im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, Anke Herrmann. Sie stellten daher eine besondere Herausforderung für den Katastrophenschutz dar, zumal technische Anlagen zum Hochwasserschutz nicht beliebig groß dimensioniert werden könnten.

Und die Gefahren würden künftig eher zunehmen, prognostizierte Herrmann. Denn aufgrund des Klimawandels würden auch in der Mark Häufigkeit und Intensität von Starkregenereignissen zunehmen. Aus diesem Grunde seien Investitionen in und die landesweite Instandhaltung von Hochwasserschutzanlagen eine Daueraufgabe der Daseinsvorsorge. Aber nicht nur die öffentliche Hand sei hier gefordert. Auch die private Hochwasserprävention, die Wetterwarnungen sowie die kommunale Flächenvorsorge müssten verbessert werden.

Auch bei Waldbränden könnte eine GDI möglicherweise helfen. Denn Brandenburg ist durch sie stark gefährdet. In 2021 seien es bislang 148 Brände gewesen, wobei 34 Hektar betroffen waren. Diese Zahlen nannte der Brandenburger Landesbranddirektor Michael Koch. Um effektiv gegen sie vorgehen zu können, brauche es unbedingt eine stabile und nachhaltige Löschwasserversorgung. Diese müsse frühzeitig geplant und aufgebaut werden.

Der nächste Brand- und Katastrophenschutztag findet am 9. Dezember 2021 in Dortmund statt. Zeitnah findet sich das Programm [hier](#).

Ausbau der Sirenen gestartet

(BS) Der angekündigte Ausbau des Sirenennetzes ist gestartet. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) unterstützt mit einem Förderprogramm in Höhe von 88 Millionen Euro die Ausbaumaßnahmen der Länder. Zu Beginn unterzeichneten sieben Bundesländer dazu eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund.

Zu den unterzeichnenden Ländern gehören Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, das Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Sie nutzen schon die vom Bund gestellten Fördermittel. Durch die Fördermittel sollen die Kommunen und Länder bei Anschaffung und Modernisierung von Sirenen unterstützt werden. Außerdem sollen die kommunalen Sirenennetze so technisch aufgerüstet werden, dass sie auch an das Modulare Warnsystem (MoWaS) des BBK angeschlossen werden können. Dadurch soll ein zeitgleiches Auslösen der Warnmittel, bestehend aus Sirene, Warn-App,

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 30. August:](#)

- Das Ende der Evakuierungsmission
- Unbemannter Schreitpanzer

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 30. August:](#)

- Digitaler Polizeitag: Changemanagement
- Bodycams für Berlin

[Podcast "Public Sector Insider" vom 31. August:](#)

- Helfern helfen
- Open Source in Behörden

[Newsletter "Digitaler Staat und Informationstechnologie" vom 1. September:](#)

- DV RLP: Von schweren Zeit profitieren
- Streit um die MoWaS-API

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 25. August:](#)

- Daten, Cloud und Nutzerorientierung
- Von anderen lernen!

Cell Broadcast kommt

(BS) Lange wurde Cell Broadcast als Warnkanal verschmäht, während diese Warnmöglichkeit in anderen Ländern schon lange Alltag war. Erst die Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen führte zu einem Umdenken. Die Bundesregierung hat nun mit Formulierungshilfen für die Koalitionsfraktionen zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) die Einführung des Warnkanals auf den Weg gebracht.

In Zukunft soll es die Möglichkeit geben, über das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) betriebene Warnsystem MoWaS auch Cell Broadcast-Warnmeldungen zu verteilen. Es soll den bereits bestehenden Warnmittelmix ergänzen.

Cell Broadcast ist ein Push-Dienst, der Textnachrichten an alle Empfänger innerhalb einer Funkzelle versendet. Anders als bei der SMS, die nur an einen Empfänger gerichtet sind, wird eine Cell Broadcast-Nachricht von

der Basisstation an alle Mobiltelefone in der Zelle geschickt. Das System benötigt keine Mobiltelefonnummern. Es wird auch kein Smartphone oder App benötigt.

Bundeswirtschaftsminister, Peter Altmaier (CDU), erklärte dazu: "Mit der heute vorgelegten Änderung des TKG steht der notwendige rechtliche Rahmen für die Einführung von Cell Broadcast. Wir erarbeiten jetzt zusammen mit der Bundesnetzagentur, dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und den Mobilfunknetzbetreibern die technischen Details, damit Cell Broadcast schnell zum Einsatz kommen kann."

Noch im vergangenen Jahr teilte das BBK dem Behörden Spiegel auf Anfrage mit, dass die Cell Broadcast-Technologie zur Warnung aus technischen und operativen Gründen nicht in Betracht komme. Neben den technischen Voraussetzungen bei der Einführung von Cell Broadcast sah



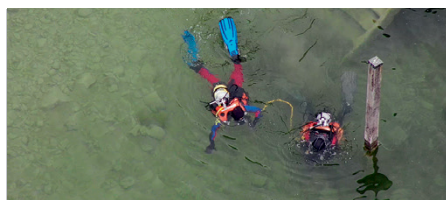
Aufgrund der mangelhaften Warnung vor Hochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wird nun der Warnkanal Cell Broadcast eingeführt.

Foto: BS/Markus Distelrath, pixabay.com

das Bundesinnenministerium (BMI) damals Schwierigkeiten in Bezug auf die Inhalte und die Akzeptanz der Warnung. Neben den vermuteten Akzeptanz- und technischen Problemen wurden auch die hohen Kosten angeführt. Der BBK-Chef, Armin Schuster, geht von 20 bis 40 Millionen Euro für die Einrichtung des Systems aus.



IHR KOMPETENTER PARTNER FÜR
PROFESSIONELLE DROHNENSYSTEME
UND BOS-LÖSUNGEN



DJI MATRICE 300 RTK

- Triple Kamera
- Laserentfernungsmesser
- 40x optischer Zoom
- Wärmebildkamera
- IP 45
- Emissionsdetektoren



DJI MAVIC 2 ENTERPRISE ADVANCED

- 640x512 px / 16x Thermal-Zoom
- Lautsprecher / Scheinwerfer
- Optionales RTK-Modul

Einsatzbereiche

- Aufklärung & Einsatzkoordination
- Personen- und Vermisstensuche
- Brandentwicklung & Glutnestersuche
- Emissionsmessungen
- Schadensdokumentation
- Verkehrsbeobachtung
- Abstandsmessung
- Crowd Management
- Perimeterschutz

Globe Flight - Auf einen Blick

- Beratung, Verkauf und Service von Profis mit jahrelanger Erfahrung
- Globe Flight RepairCenter - Zertifiziertes Reparatur und Service-Center
- Maßgeschneiderte Lösungen von Inhouse-Thermografieexperten
- Autorisierter Distributor und Partner der Unternehmen DJI und FLIR
- Globe Flight Academy - Trainings- und Schulungsprogramme für Piloten
- Offizieller Partner der Bundesbeschaffung (BBG) von Österreich

09401/949 88 88 | Info@globe-flight.de | www.globe-flight.de

Separate satellitengestützte Infrastruktur in Niedersachsen

In Niedersachsen könnte es für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Zukunft eine zusätzliche satellitengestützte Infrastrukturgeben. Sie könnte etwa den BOS-Digitalfunk sowie kommerzielle Mobilfunknetze ergänzen. Dadurch ließen sich Abhängigkeiten im Katastrophenfall verringern und Ausfälle abfangen. Das wäre der Fall, wenn das Pilotprojekt "BOS@Satcom" in den Realbetrieb überführt werden würde. Durch die Ausstattung "mobiler Wachen", von Einsatzcontainern und ausgewählten Fahrzeugen mit Satellitentechnik ließe sich sehr rasch ein vollfunktionsfähiges, breitbandiges Kommunikationsnetz errichten und nutzen. Über dieses ist dann sowohl Sprach- als auch Datenkommunikation möglich. Mit solch einem zusätzlichen Netz würde Niedersachsen bundesweit vorangehen. An dem Projekt beteiligt sind neben der niedersächsischen Polizei u. a. das Deut-

sche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie Industrieunternehmen. Innenminister Boris Pistorius (SPD) erklärte dazu: "Die Polizei Niedersachsen und das Niedersächsische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) prüfen aktuell intensiv die Möglichkeit, die Satellitenkommunikationstechnik gemeinsam auszubauen und zu nutzen." Man sei folglich auch für den Katastrophenfall gut aufgestellt. "Sowohl die Polizei als auch der Katastrophenschutz müssen besonders in Extremlagen handlungsfähig bleiben", so der Ressortchef. Und die Präsidentin der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD), Christiana Berg, deren Behörde maßgeblich am Pilotprojekt beteiligt war, meint: "In den niedersächsischen Projekten der ZPD und des NLBK geht es unter dem Strich also nicht darum, die heute von den BOS genutzten Kommunikationsinfrastrukturen zu ersetzen, sondern um eine sinnvolle und satellitengestützt-breitbandtaugliche Alternative zu ergänzen. "Zudem berichtete sie, dass die ZPD bereits eine langjährige Erfahrung in Einsätzen unter Nutzung von Satellitentechnik aufweise.



Präsentierte die Ergebnisse von "BOS@Satcom": Christiana Berg, Präsidentin der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD).

Foto: BS/Feldmann

tengestützt-breitbandtaugliche Alternative zu ergänzen. "Zudem berichtete sie, dass die ZPD bereits eine langjährige Erfahrung in Einsätzen unter Nutzung von Satellitentechnik aufweise.

ALRO

Wir Reinigen, Desinfizieren und Trocknen Persönliche Schutzausrüstung und Zubehör

DRTK-H2



Helmkabine für 12 Helme

DRTK-M3



Atemschutzmasken- und Lungenautomatenkabine für 24 Masken oder Lungenautomaten

DRTK-M

● Vollautomatische Desinfektions-, Reinigungs-, und Trocknungskabinen zur gleichzeitigen Pflege von bis zu 24 Atemschutzmasken und Lungenautomaten.

DRTK-H

● Vollautomatische Desinfektions-, Reinigungs-, und Trocknungskabinen zur gleichzeitigen Pflege von bis zu 12 Schutzhelmen, 24 Atemschutzmasken, 24 Lungenautomaten und 2 Trageplatten

Durch das eingesetzte Kreislaufverfahren und dem Einsatz von umweltfreundlichen Reinigungs- und Desinfektionsmitteln sind unsere Anlagen sehr umweltfreundlich. Die Masken durchlaufen für die Reinigung bzw. Desinfektion einen Wasservorhang. Beim Trocknen wird die Luft direkt auf bzw. in die Maske geblasen. Vollautomatische Zudosierung des Desinfektion- bzw. Reinigungsmittel. Ein kompletter Durchgang benötigt ca. 1,5 Stunden.

Inkl. einem visualisiertem Siemens Touchpanel und einer Siemens Steuerung. Der Platzbedarf ist sehr gering, man benötigt nur die Grundfläche einer Europalette.

Technische Daten:

Wasseranschluss:	¾" Aussengewinde
Abwasseranschluss:	¾" Aussengewinde
Abluftanschluss:	150 mm Durchmesser
Atemluftanschluss:	Druckluftnippel
Elektro – Anschluss:	230V 50Hz



Quality made in Germany

ALRO Engineering

Axel Rother Tel.: +49 6292 929 202
Gartenweg 11 Mail: info@al-ro.de
D-74743 Seckach Web: www.al-ro.de



Birgit Kill kandidiert für den DFV

(BS) Birgit Kill kandidiert für das Amt der Vizepräsidentin des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV). Dies hat der Vorstand des Verbands der Feuerwehren in NRW (VdF NRW) einstimmig beschlossen. Sie ist damit die erste Frau, die sich um das Amt der Vizepräsidentin des DFV bewirbt. Kill kandidiert als Vertreterin der Freiwilligen Feuerwehren. Die Wahl findet am 13. November als virtuelle Veranstaltung statt.

"Nunmehr kandidiere ich als Vizepräsidentin des Deutschen Feuerwehrverbandes, weil ich meine Erfahrungen rund um die Förderung von Frauen in den Feuerwehren auf diesem Weg in den DFV einbringen möchte. Es muss in den nächsten Jahren ein verbandlicher Schwerpunkt sein, den Frauenanteil in den Feuerwehren zu erhöhen. Dafür stehe ich, und (nicht nur) dafür möchte ich mich als DFV-Vizepräsidentin einsetzen", erklärte Kill zu ihrer Kandidatur.

Die 50-jährige war Krankenschwester im Operationsdienst und von 2013 bis 2018 Werkfeuerwehrfrau bei der Werkfeuerwehr des Universitätsklinikum Marburg. Seit 2018 ist sie Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Essen.

Zudem ist Kill seit 2018 Koordinatorin des Projekts "Frauen in der Feuerwehr" beim VdF NRW. Das Projekt will Feuerwehrfrauen miteinander vernetzen, Fördermaßnahmen für mehr Frauen in der Feuerwehr anstoßen und Frauen zur "Übernahme männerdominierter Aufgabenbereiche in den Feuerwehren" motivieren. Der VdF NRW-Vorsitz-



Birgit Kill kandidiert für die Funktion der Vizepräsidentin beim Deutschen Feuerwehrverband (DFV).

Foto: BS/VdF NRW

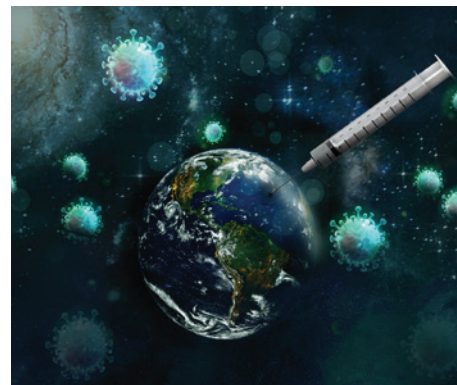
zender, Dr. Jan Heinisch, erklärte dazu: "In diesem Engagement hat Birgit Kill überzeugend gezeigt, dass sie feuerwehrfachlich und menschlich gleichermaßen qualifiziert ist, um in dieser herausgehobenen Funktion dem Wohl der deutschen Feuerwehren zu dienen."

Thomas Lembeck, Direktor der Feuerwehr Essen, sicherte Kill volle Unterstützung zu: "Wir freuen uns sehr über das große Engagement, das Birgit Kill in unserem Land für die Gewinnung und Förderung von Frauen in den Feuerwehren einbringt. Wenn sie ihr Engagement als Vizepräsidentin nun sogar auf Bundesebene einbringen möchte, hat sie dafür unsere volle Unterstützung." Ihre Gegenkandidaten sind Lars Oschmann aus Thüringen, der sich zur Wiederwahl stellt, und Sascha Guzy aus Berlin.

Eilantrag abgelehnt

(BS) Ein Eilantrag von 672 französischen, haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrkräften gegen die Corona-Impfpflicht in Frankreich wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zurückgewiesen. Die Kräfte hatten eine Aussetzung der Impfpflicht beantragt.

Es wurde außerdem gefordert, das Berufsausübungsverbot für impfunwillige Feuerwehrkräfte und den Stop der Gehaltszahlungen an Betroffene auszusetzen. Eine Impfpflicht wurde in Frankreich Anfang August mit dem Gesetz zur Bewältigung der Gesundheitskrise eingeführt. Die Antragsteller beriefen sich auf die Europäische Menschenrechtskonvention und sahen ihr "Recht auf Leben" und das "Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens" ange-tastet.

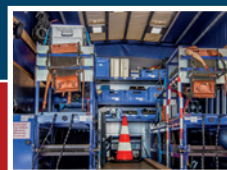


Einem Antrag zur Aussetzung der Impfpflicht von Feuerwehrkräften in Frankreich wurde nicht stattgegeben.

Foto: BS/Alexandra_Koch, pixabay.com

BOS

Beschaffertage 2021
10.-11. November 2021, Bonn



"Resilienz entsteht nicht im luftleeren Raum"

(BS) Eine Nachbarschaft, die sich kennt und gegenseitig stützt, ist resilienter als eine, in der keine Hilfsbereitschaft vorherrscht. Dies hat die Corona-Pandemie eindrücklich gezeigt. Die Soziologen Dr. Tim Lukas und Bo Tackenberg von der Universität Wuppertal wollen in einem Projekt diese Resilienz näher untersuchen und daraus Rahmenempfehlungen für den Bevölkerungsschutz entwickeln. Was sie konkret vorhaben und welchen Nutzen die Untersuchung haben soll, erklären sie im Interview. Die Fragen stellte Bennet Klawon.

Behörden Spiegel: Was steckt hinter dem Namen Sokapi-R?

Dr. Tim Lukas: Sokapi-R ist das Akronym unseres Forschungsprojekts „Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz“, das wir am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Uni Wuppertal durchführen. Das Projekt wird seit August über eine Laufzeit von drei Jahren durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gefördert und begleitet. Am Projekt beteiligt sind auch eine Reihe weiterer Partner, wie zum Beispiel der Verband für sozial-kulturelle Arbeit und das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes (DRK).

Behörden Spiegel: In welchem Zusammenhang stehen das soziale Kapital und der Bevölkerungsschutz?

Bo Tackenberg: Der Wert von sozialem Kapital drückt sich in den Verbindungen aus, die man mit anderen Menschen eingeht, d.h. im sozialen Zusammenhalt, der zwischen Menschen innerhalb einer Gemeinschaft besteht. Wir können in allen Lebenslagen von den Beziehungen zu unseren Mitmenschen profitieren, etwa durch „Vitamin B“ bei der Karriereplanung oder der Wohnungssuche, bei kleineren und größeren Gefälligkeiten im Alltag. Indem soziales Kapital dazu beiträgt, dass sich Menschen gegenseitig Hilfe leisten, bildet es aber auch das Fundament für die Herausbildung von



Dr. Tim Lukas (links) ist Akademischer Rat im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Bo Tackenberg wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt Sokapi-R.

Fotos: BS/Tackenberg

lokalen Unterstützungsgemeinschaften im Krisen- und Katastrophenfall. In der Katastrophenforschung wird soziales Kapital daher als ein wesentliches Element einer resilienten Bevölkerung betrachtet. Resilienz entsteht aber nicht im luftleeren Raum, sondern vorrangig dort, wo die Menschen sich kennen.

Lukas: In Krisen und Katastrophen sind Nachbarinnen und Nachbarn häufig die ersten, die am Ort des Geschehens Hilfe leisten. In der COVID-19 Pandemie kann man sehen, welchen Beitrag nachbarschaftliche Hilfe zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen leistet. Nachbarinnen und Nachbarn übernehmen Einkäufe und andere Erledigungen für besonders vulnerable Personen, engagieren sich in der Kinderbetreuung oder führen den Hund aus. Die Erfahrungen zeigen, dass die Grundlagen dieser Unterstützungsleistungen bereits im alltäglichen Miteinander von Nachbarschaften gelegt werden.

Behörden Spiegel: Was wollen Sie konkret machen?

Lukas: Zentrales Anliegen des Projekts ist die Entwicklung eines Sozialkapital-Radars, mit dem sich das soziale Kapital, also die Unterstützungsbereitschaft von Bewohnerinnen und Bewohnern in ihren Wohnquartie-

ren identifizieren und nachvollziehen lässt. Wir entwickeln das Radar am Beispiel der Stadt Wuppertal und werden uns zunächst sehr intensiv mit den sozialen Strukturen in den einzelnen Stadtquartieren beschäftigen. Im kommenden Jahr soll dann eine große, mehrsprachig umgesetzte Bevölkerungsbefragung stattfinden, in der wir über Fallbeschreibungen das Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen und die Wahrnehmung des sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft erfragen werden. Darüber hinaus werden wir Interviews und Workshops mit Akteurinnen und Akteuren der Nachbarschaftsarbeit, des freiwilligen Engagements und natürlich des Katastrophenschutzes durchführen.

Tackenberg: Die Ergebnisse fließen dann in ein GIS-basiertes Dashboard, so ähnlich wie das, das man vom Blick auf die Inzidenzzahlen des Robert Koch-Instituts kennt. Das Dashboard soll Städte dabei unterstützen besonderen Handlungsbedarf zu identifizieren, Zusammenhalt und Engagement quartiersbezogen noch vor Eintreten einer Krise oder Katastrophe zu fördern.

Behörden Spiegel: Welchen Nutzen sollen Katastrophenschutzorganisationen und Kommunen aus den Ergebnissen ziehen?

Lukas: Wir wollen mit dem Projekt einen Beitrag zu einem sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz leisten. Es geht uns darum, Katastrophenschutzorganisationen und Kommunen enger zu vernetzen und bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Wohnquartier zu unterstützen. Im Bevölkerungsschutz erfordert das ein Umdenken hin zu einer stärkeren Alltagsorientierung. Hilfs- und Katastrophenschutzorganisationen können sich verstärkt im sozialen Nahraum von Stadtquartieren und Nachbarschaften einbringen, um noch vor Eintreten krisenhafter Ereignisse mehr darüber zu erfahren, welche kollektiven Kapazitäten der Krisenbewältigung es vor Ort gibt. Im Sinne einer resilienten Bevölkerung können Katastrophenschutzorganisationen und Kommunen diese Ressourcen gezielt fördern.

Braucht es mehr Bundeskompetenzen im Katastrophenschutz?

(BS) Vor der Bundestagswahl am 26. September fragte der Behörden Spiegel die Sprecherinnen und Sprecher für den Katastrophenschutz der im Bundestag vertretenen Parteien: *Braucht es mehr Bundeskompetenzen im Katastrophenschutz?*



Was haben die Parteien beim Katastrophenschutz vor?

Foto: BS/stux, pixabay.com

Marian Wendt (CDU): "Spätestens nach der Pandemie und dem schrecklichen Hochwasser in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz gehören die Katastrophenschutzstrukturen auf den Prüfstand. Vieles funktioniert in Deutschland sehr gut, ist aber nicht mehr zeitgemäß. Gerade bei länderübergreifenden Lagen stelle ich mir eine höhere Bundeskompetenz vor. Teures Einsatzgerät kann nicht jeder Landkreis und auch nicht jedes Bundesland vorhalten, hier muss der Bund aktiv werden. Einiges wird auch nur sinnvoll in europäischer Koordination zu leisten sein."

Sebastian Hartmann (SPD): "Pandemien, Naturkatastrophen oder auch Cyberterror gehören heute zu den Hauptgefahren, die schnell das ganze Bundesgebiet und kritische Infrastrukturen betreffen können. Seit Jahren werbe ich für deutlich höhere Investitionen und Verbesserungen der Kooperation zwischen Ländern und Bund in Verbindung mit der Stärkung des Ehrenamtes. Wir benötigen ein einheitliches Vorgehen in Bundesländer übergreifenden Krisen, mehr Kompetenzen für den Bund und vereinfachte, koordinierte Kommunikation."

Martin Hess (AFD): "Die eklatanten Fehler bei der Verarbeitung der Warnungen, beim Alarm, bei den Evakuierungen und bei der Bewältigung der jüngsten Hochwasser-Katastrophe lassen keinen Zweifel daran, dass die Kompetenzen im Bevölkerungsschutz und in der Katastrophenhilfe nicht richtig verteilt sind. Es darf nicht sein, dass die Bürger im Katastrophenfall von der Kompetenz des jeweiligen Landkreises abhängig sind. Wir brauchen definitiv mehr Bundeskompetenzen!"

Sandra Bubendorfer-Licht (FDP): "Ja, in erster Linie braucht es aus unserer Sicht dabei eine Stärkung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Während der Corona-Pandemie wurden vier Bevölkerungsschutzgesetze erlassen. Das BBK wurde dabei jedoch in keiner Weise berücksichtigt. Daher braucht das Bundesamt einen Kompetenzausbau und eine wirkliche Einbindung in das Katastrophenschutzma-

nagement. Die aktuellen Bestrebungen des BMI und der Länder begrüßen wir sehr. Diesen Ankündigungen müssen aber jetzt Taten folgen und auch in der nächsten Legislaturperiode muss daran angeknüpft werden."

Dr. Andre Hahn (Die Linke): "Der Bund könnte durchaus einen größeren Beitrag zum Katastrophenschutz leisten, z. B. bei der technischen Ausstattung in den Kommunen. Dabei geht es nicht nur vorrangig um neue Apps oder einen funktionierenden Digitalfunk für Polizei und die Hilfsorganisationen, sondern auch um die flächendeckende Neu- oder Wiedererrichtung von Sirenenanlagen zur rechtzeitigen Warnung der Bevölkerung vor aktuellen Gefährdungen. Zudem braucht es Schulungen, damit die Bürger wissen, was welches Sirensignal bedeutet."

Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen): "Der Bund muss mehr Verantwortung im Katastrophenschutz für länderübergreifende und besondere Gefahren übernehmen. Dazu muss die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen eng miteinander verknüpft werden. Die Leitlinie hierfür muss Dezentralität bei starker Koordinierung sein. Die richtigen Fähigkeiten müssen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zur Verfügung stehen. Die Zusammenarbeit muss auch in gemeinsamen und praktischen Übungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen trainiert werden."

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.

www.f4p.online



30. Geburtstag der LSTE

(BS) Die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (LSTE) hat ihren 30. Geburtstag gefeiert. Zum Festakt trafen sich mehr als 150 Gäste am Standort Eisenhüttenstadt.

Die Landesfeuerwehrschule am Standort Eisenhüttenstadt wurde 1991 gegründet und wurde sieben Jahre später mit der Landesprüfstelle für Feuerwehrtechnik in Borkheide und dem Katastrophenschutzlager vereinigt. Daraus entstand die LSTE. Die LSTE ist jetzt auf mehrere Standorte aufgeteilt. In Eisenhüttenstadt finden auf zwölf Hektar Fläche Ausbildungseinrichtungen wie eine Übungshalle, ein Bahnübungsgelände, ein Autobahnteilstück, ein Übungsturm sowie ein Brandübungshaus Platz. Am Standort Brokheide findet die technische Abnahme von Fahrzeugen des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes statt. Ebenso werden dort Gutachten erstellt. Das Katastrophenschutzlager ist in Beeskow angesiedelt. Dort werden diverse Geräte und Materialien für den Katastrophenfall oder Großschadenslagen vorgehalten. Momentan sind 109 Frauen und Männer am der LSTE tätig.

Der brandenburgische Ministerpräsident, Dietmar Woidke (SPD), gratulierte der LSTE:

"Die LSTE ist seit 30 Jahren ein Garant dafür, dass unsere Feuerwehrleute in jeder Lage bestens gerüstet sind. Dafür der Dank der Landesregierung."

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) kündigte an: "Die LSTE ist nicht nur eine zentrale Werkstatt, ein Materiallager und eine Bildungseinrichtung – sie ist Aktivposten im Kampf gegen Krisen und Katastrophen. Und diesen Aktivposten wollen wir weiter stärken: Aus diesem Grund arbeiten wir daran, einen zweiten dauerhaften Ausbildungsstandort neben Eisenhüttenstadt zu schaffen."



Die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) feierte ihr 30-jähriges Bestehen. Hier zu sehen: der Standort Eisenhüttenstadt.

Foto: BS/LSTE

Kein EU-Zentrum in BB

(BS) Eine Förderung eines EU-Katastrophenschutzentrums am Standort Welzow/Senftenberg in Brandenburg ist durch EU-Mittel ausgeschlossen. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Land beauftragtes Gutachten. Zwar könne keine EU finanzierte Ansiedlung realisiert werden, aber die Voraussetzungen für andere katastrophenschutztechnische Ansiedlungen seien gegeben. Trotz dieses negativen Urteils habe Welzow/Senftenberg eine gute Ausgangslage für eine weitere Entwicklung. Es würden sich zwei Alternativen anbieten.

Zum einen könnte an diesem Standort ein Kompetenz- und Wirtschaftscluster Katastrophenschutztechnologie aufgebaut werden. Dazu müsse eine Clusterstrategie mit den zuständigen Ressorts, Kommunen, Wissenschaftseinrichtungen und regionalen Wirtschaftsakteuren entwickelt werden.

Es könnte aber auch eine Katastrophenschutzzeineinrichtung ohne EU-Beteiligung mit dem Schwerpunkt eines Kompetenz- und Trainingszentrums für realitätsnahe Aus- und Weiterbildung angestrebt werden. Dabei könnte ein Feuerwehrtechnisches Zentrum in Kooperation mit einer privatrechtlich geführten Einrichtung etabliert werden.

Behörden Spiegel

SONDERPUBLIKATIONEN

LESEN SIE AUCH UNSERE PUBLIKATIONEN U.A. AUS DEN SCHRIFTENREIHEN:

- MODERNE POLIZEI
- BDBOS
- MODERNE STREITKRÄFTE
- MILITÄRATTACHÉS

www.behoerden-spiegel.de/sonderpublikationen

Update für den Bevölkerungsschutz gefordert

(BS) Weg vom Klein-Klein, hin zum großen Wurf. Dies möchte der Bundestagsabgeordnete Sebastian Hartmann (SPD), Berichtserstatter für Bevölkerungsschutz der SPD-Bundestagsfraktion. Es brauche ein Update im Bevölkerungsschutz. Mit einem Zehn-Punkte-Vorschlag soll dies bewerkstelligt werden.

Dieser Vorschlag soll als Blaupause für die nächste Legislaturperiode dienen. Dies sei man den vielen Helferinnen und Helfern in den Katastrophenschutzorganisationen schuldig, so der Abgeordnete. Politisch sei man jetzt in der Verantwortung zu handeln, insbesondere vor dem Hintergrund der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Denn diese Katastrophe habe wieder gezeigt: In der Nachsorge sei der deutsche Staat gut, aber in der Vorsorge und Prävention gebe es Handlungsbedarf, so Hartmann.

Trennung zwischen Bund und Ländern aufgeben

Hartmann möchte u. a. das Thema Warnung angehen. Dieses Thema reicht von einem verstärkten Ausbau der Sireneninfrastruktur bis hin zu einer Attraktivitätssteigerung der NINA-Warn-App des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Zwar sei die Förderung von 88 Millionen Euro für den Ausbau der Sireneninfrastruktur durch den Bund zu begrüßen, jedoch sei dies eher nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dieses Förderprogramm müs-



Der Bundestagsabgeordnete Sebastian Hartmann (SPD) fordert ein Update für den Bevölkerungsschutz.

Foto: BS/privat

se ausgeweitet werden. Ebenso möchte der Abgeordnete des Rhein-Sieg-Kreises das föderale Bevölkerungsschutzsystem stärken. Es müsse u. a. ein Bund-Länder-Führungsstab aufgebaut werden. Eine starre Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz sei überholt. Die Koordination des Stabes soll dann beim Bundesinnenminister bzw. beim Vorsitzenden der Innenministerkonferenz angesiedelt werden. Die Sorge der Länder um den Verlust von Kompetenzen versucht Hartmann zu zerstreuen, denn die Leitung der Landeseinrichtungen soll in den Händen der Länder bleiben.

Wofür der Bund die Länder eher verpflichten soll, ist eine Informationsweitergabe an den Bund, um ein "360-Grad-Lagebild" erstellen zu können. Ein solches Lagebild habe in der gesamten Corona-Pandemie nicht zur

Verfügung gestanden. Hartmann verspricht sich dadurch eine bessere Koordination der Ressourcen des Katastrophenschutzes.

Friedensdividende aufgebraucht

Für eine bessere Verzahnung aller Ebenen schwebt dem SPD-Abgeordneten auch die Schaffung von "Landeskatastrophenschutzämtern" vor. Um den Bund mehr in den Katastrophenschutz einzubinden, brauche es jedoch eine Grundgesetzänderung. Ohne klare Rechte des Bundes, gebe es keine Verbesserung im Bevölkerungsschutz, so Hartmann. Bund und Länder müssten den Katastrophenschutz verstärkt zusammen gestalten. Durch einen Bund-Länder-Vertrag sollen die Finanzierung des Katastrophenschutzes und die Verpflichtungen auf beiden Ebenen sichergestellt werden. Der SPD-Abgeordnete sieht dabei vor allem die Länder in der Pflicht. Diese hätten die Finanzierung des Katastrophenschutzes in den vergangenen Jahren stiefmütterlich behandelt.

Es müsse nun konstant in den Bevölkerungsschutz investiert werden, denn die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges sei aufgebraucht, so Hartmann. In Zukunft dürfe im Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr nicht mehr der Rotstift angesetzt werden. In Haushaltsdiskussionen müsse dieser Bereich von Kürzungen ausgeschlossen werden.

Das Papier findet sich [hier](#).

DIGITALER STAAT
ONLINE
THEMENTAG

Sicherer mobiler Arbeitsplatz der Zukunft

Dienstag, 28. September 2021, 14:00 – 16:00 Uhr



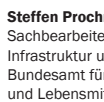
Friedel Cramer
Präsident, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit



Clemens A. Schulz
Director Desktop Security, Rohde & Schwarz Cybersecurity



Tom Pasternak
Abteilungsleitung NdB – Strategie und Konzeption, BDBOS



Steffen Prochnow
Sachbearbeiter im Referat für IT Infrastruktur und Basistechnologie, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit



Graphic: stock.adobe.com/viktoria

"Es kann jeden treffen"

(BS) Die Warnung ist deutlich. "Es kann jeden treffen", sagt Tobias Fuchs vom Deutschen Wetterdienst (DWD) bei der Vorstellung der Ergebnisse des Projekts "Klassifikation meteorologischer Extremereignisse zur Risikovorsorge gegenüber Starkregen für den Bevölkerungsschutz und die Stadtentwicklung" (KlamEx). Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Extremereignisse mit dem zunehmenden Klimawandel in Zukunft häufiger auftreten werden.

Während die Ereignisse in der Fläche eher seltener werden, steigt die Wahrscheinlichkeit von punktuellen und lokalen Starkregenereignissen. Die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen stellt einen Rekord dar. Auch wenn die Katastrophe eine der stärksten Starkregenereignissen der jüngeren Zeit bildet, war sie nicht einmalig und lässt sich in eine lange Reihe einordnen. Der DWD legte dieser Studie die Daten der Wetterstationen der letzten 20 Jahre zugrunde. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass in den letzten zwei Jahrzehnten überall in Deutschland Starkregenereignisse aufgetreten sind. Mit den zunehmenden Temperaturen ist mit einer Steigerung der Häufigkeit und der Wassermenge zu rechnen. "Wir sollten uns auf eine höhere Intensität der Niederschläge

einstellen", sagt Fuchs. Das Ausmaß des Schadens hinge aber von den lokalen Gegebenheiten, wie dem Grad der Versiegelung, der Topografie und der Bevölkerungsdichte, ab. Es könne noch entgegengewirkt werden, aber es müsse jetzt gehandelt werden, so Fuchs. Außerdem müsse die Datenerfassung bei Extremwettereinsätzen weiterentwickelt werden. Auf dieser kann ein flächendeckendes und organisationsübergreifendes Lagebild erstellt werden, welches die Einsatzbelastung abbildet. Die zusätzliche Belastung der Einsatzorganisationen im Katastrophenschutz müsse so sichtbar gemacht werden.

Es brauche jedoch Zeit, Städte an den Klimawandel anzupassen, sagt Dr. Peter Jakubowski, Präsident des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Ebenso müsse strategisch vorgegangen und die Anpassungsmaßnahmen in der Fläche verbreitet werden. Die Kommunen müssen vor Ort tätig werden. Das oberste Gebot lautet: Entsiegelung der Fläche. Dem Wasser müsse die Möglichkeit gegeben werden, zu versickern. Diese Anpassung zu einer klimagerechten und wassersensiblen Kommune ist aber auch kostenintensiv. Deshalb müssen Bund und Länder für eine ausreichende Finanzierung sorgen.

Neue Führungsstruktur im Katastrophengebiet

(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) überführt seine Einheiten in dem von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Gebiet in eine neue Führungsstruktur. Grund dafür ist die Verschiebung des Einsatzschwerpunkts von der Nothilfe hin zum Wiederaufbau der Infrastruktur, wie dem Instandsetzen von Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen. Dafür wurde im Ahrtal eine Führungsstelle für die Aufbaumaßnahmen eingerichtet.

"Unser neuer Einsatzschwerpunkt erfordert auch eine neue Organisation. Wir überführen unsere Einheiten jetzt in unsere eigene Führungsstruktur und übernehmen stellenweise die Einsatzleitung", erklärt dazu THW-Präsident Gerd Friedsam. Hintergrund der Änderung ist die veränderte Lage

und eine andere Art der Amtshilfe. Generell sind im Katastrophenfall Kommunen für die Bewältigung der Gefahrenlage verantwortlich. Diese übergeben die Einsatzleitung meistens an die zuständige Feuerwehr, die bei Bedarf das THW anfordert. Sobald der Einsatz abgearbeitet ist, kann das Hilfswerk im Rahmen der Amtshilfe auch Wiederaufbaumaßnahmen durchführen. Die Kräfte des THW unterstehen dann einer neuen Amtshilfestruktur. Sollten die Einrichtungen oder Stellen, die das THW angefordert haben, keine eigenen Einsatzführungsstrukturen haben, richtet das Hilfswerk seine eigenen ein.

"Auf diesem Weg ist zu jeder Zeit die bestmögliche Koordinierung und Planung der

Sirenen reichen nicht

(BS) Führende Politiker von Bund und Länder sind sich einig, dass sich an der grundsätzlichen Kompetenzverteilung im Katastrophenschutz nichts ändern soll. Die Aufgabenverteilung habe sich während der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bewährt. Zu dieser Einschätzung kamen der Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), sein rheinland-pfälzischer Kollege, Roger Lewentz (SPD), und der NRW-Innenminister, Herbert Reul (CDU), in einer Sitzung des Bundestagsinnenausschusses.

Die Ressortchefs forderten vor dem Hintergrund der Katastrophe eine grundlegende und bundesweite Reform des Warnsystems. Dabei reiche es nicht aus, einfach nur mehr Sirenen aufzustellen, da in der Bevölkerung das Wissen über die verschiedenen Signale nicht vorhanden sei. Es brauche deshalb mehr Aufklärungsarbeit in diesem Bereich und einen umfangreichen Warnmix aus Radio, Fernsehen und digitalen Kanälen. Reul betonte jedoch, dass das Förderprogramm von über 80 Millionen Euro für den Ausbau der Sireneninfrastruktur nicht ausreichen werde. Zudem forderte er: "Es braucht frühe, lokale Prognosen, die auch mit konkreten Handlungsanweisungen verbunden sind."



Das THW leistete in Zuge der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe innerhalb von sechs Wochen rund 1,5 Millionen Einsatzstunden.

Foto: BS/THW/Kai-Uwe Wärner

THW-Helferinnen und Helfer gewährleistet", erläutert Friedsam.



Foto: Michael Stiffler, stock.adobe.com

WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

24. November 2021, 09:00 Uhr – 16:00 Uhr

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehr“

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenten: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.